

GEHEIM

Bern, den 1. Dezember 1969

Integrationsgespräche in London und Paris (London 25. November,
Paris 26. - 28. November)

Die Gespräche in London mit Minister Thomson, Unterstaatssekretär Sir Con O'Neil und dem Leiter des Integrationsdienstes Richardson fanden auf schweizerische Initiative statt, nachdem sich die Engländer über die harte schweizerische Haltung an der EFTA-Ministerkonferenz in Genf beklagt und die Erklärung Bundesrat Spühlers systematisch als Versuch missdeutet hatten, die zukünftigen britischen Beitrittsverhandlungen zu bremsen und von der Voraussetzung einer gleichzeitigen Regelung für die Schweiz abhängig zu machen.

Das schweizerische Ziel der Aussprache bestand darin, die Engländer davon zu überzeugen, dass der schweizerische Wunsch nach Aufnahme von Gesprächen mit der EWG die britischen Verhandlungen nicht belasten würde und dass Grossbritannien daher davon absehen sollte, in seinen Kontakten mit der EWG die wachsende Bereitschaft zur Berücksichtigung der Neutralen zu entmutigen.

Die Aufnahme in London war kühl und betont distanziert. Unsere Gesprächspartner verwendeten ausschliesslich politische Argumente. Wirtschaftlich bestehe kein Interesse an einem britischen Beitritt zur EWG. Dieser werde deshalb heute von der Mehrheit des Volkes abgelehnt. Die Regierung und die Führung der drei politischen Parteien halten jedoch aus ausschliesslich politischen Erwägungen an ihrem Kurs fest. Diese Motivierung werde in der EFTA nicht genügend gewürdigt. Die Interessen der einzelnen EFTA-Staaten seien zu verschieden, um ein solidarisches Vorgehen zu ermöglichen. Die Koordination habe sich daher auf laufende Konsultationen zu beschränken im Sinne des EFTA-Communiqués vom 28. April 1967. Die Schweiz habe in Genf ohne vorherige Ankündigung versucht, über diese traditionelle Formel hinauszugehen und dadurch eine

5.12.69



unliebsame und unnötige Auseinandersetzung provoziert.

Ich hob in meiner Antwort drei Punkte hervor:

- Die EFTA kennt keine politische Zielsetzung. Die britische Argumentation gehört daher nicht in diesen Rahmen. Dies gesagt, hat jedoch gerade die Schweiz ihr politisches Interesse an einem britischen Beitritt nie verhehlt, sondern im Gegenteil in zahlreichen Erklärungen darauf hingewiesen, dass die neutralitätspolitischen Bedenken gegen eine institutionelle Verbindung mit der EWG geringer wären, wenn Grossbritannien daran teilnimmt. Die politischen demokratischen Traditionen der beiden Länder stehen einander näher als die zentralistischen Systeme unserer Nachbarstaaten. Die Schweiz hat deshalb, etwa im Gegensatz zu Oesterreich, nicht versucht, Gespräche mit der EWG aufzunehmen, solange der britische Beitritt blockiert schien.
- Wirtschaftlich und somit EFTA-politisch gesehen, besteht heute kein Interessenkonflikt zwischen Grossbritannien und der Schweiz. Solange über Handelsarrangements diskutiert wurde, gingen unsere Auffassungen auseinander; jetzt, wo die Erweiterung im Vordergrund steht, laufen die Interessen parallel. Beide Länder wünschen die EFTA-Zollfreiheit zu erhalten und müssen daher für eine Gesamtlösung eintreten. Die von den Briten angerufene Formel des EFTA-Communiqués vom April 1967 wurde von Bundesrat Schaffner geprägt und den Briten als Ablösung des London Pledge vom Jahre 1961 angeboten. Diese Formel bedingt, dass jedes EFTA-Land sich bemüht, nicht in Rückstand zu geraten. Da über eine mögliche Regelung für die Neutralen in Brüssel noch am wenigsten nachgedacht worden ist, besteht Anlass, möglichst rasch Gespräche mit der EWG anzustreben.
- Der schweizerische Gesprächswunsch ist absichtlich so formuliert worden, dass daraus schon aus formellen Gründen kein Argument für eine Verzögerung der Verhandlungen mit Grossbritannien abgeleitet werden könnte. Wir haben nicht gleichzeitige Verhandlungen, sondern vorerst nur parallele, informelle Gespräche

angeregt. Zweck dieser Gespräche ist, die richtige Verhandlungsgrundlage für den Zeitpunkt zu finden, in dem die England-Verhandlungen genügend fortgeschritten sind, um ein positives Ergebnis als wahrscheinlich erscheinen zu lassen.

Als weiteres Argument für eine Gesamtlösung wies ich auf das wirtschaftliche Gewicht der drei Neutralen, insbesondere der Schweiz, im Vergleich zu den übrigen Beitrittskandidaten hin. Wenn die Schweiz durchaus anerkenne, dass dem Fall Grossbritanniens aus politischen Gründen und weil er wirtschaftlich die weitreichendsten Probleme aufwerfe, die Priorität eingeräumt werde, könne sie eine Hintansetzung gegenüber Irland, Dänemark und Norwegen unter keinen Umständen akzeptieren. Diese wäre nur mit politischen Erwägungen zu rechtfertigen, die durch die Ereignisse überholt seien. Im übrigen habe gerade Grossbritannien früher die Bedeutung der Neutralen für Europa positiv gewürdigt und zur Zeit der Kampagne George Balls gegen die Neutralen in Washington den Standpunkt vertreten, die Aufrechterhaltung der Neutralität Schwedens, Oesterreichs und der Schweiz liege im Interesse der NATO. Wir könnten uns nicht vorstellen, dass die britische Regierung, die gegenüber dem Osten eine Entspannungspolitik zu führen trachtet, ihre Einstellung geändert habe.

Abschliessend bemerkte ich, die Schweiz erwarte nicht eine aktive Unterstützung ihrer Demarche durch Grossbritannien, wohl aber eine verständnisvolle Haltung und vor allem keine Opposition.

Unsere Gesprächspartner begnügten sich mit dem Hinweis, dass die britische Regierung natürlich froh wäre, wenn es der Schweiz gelingen würde, ihre Beziehungen zur EWG zu regeln. Sollte dies nicht der Fall sein, und man müsse immer mit der schlimmsten Hypothese rechnen, würde Grossbritannien jedoch mit seinem Beitritt nicht zuwarten.

Bezeichnenderweise bemühten sich dann beide Gesprächspartner, die Tragweite des Londoner Communiqués vom April 1967 herunterzuspielen. Es handle sich keineswegs um eine Solidaritätspflichtung, sondern lediglich um einen frommen Wunsch. Der ent-

sprechende Passus "it would be the purpose of EFTA Governments" wird von der heutigen Regierung somit nur noch als "hope" angesehen. Ich wies darauf hin, dass diese Interpretation nicht mit der Erklärung, die damals George Brown abgegeben hatte, übereinstimme.

Im übrigen wurde beiderseits vereinbart, dass in Zukunft etwas engere Kontakte zwischen London und Bern zur Vermeidung von Missverständnissen nützlich wären.

./.
./.
(Für weitere Einzelheiten über das Gespräch mit Con O'Neils. beiliegende Notiz von Herrn Dr. Iselin und über das Gespräch mit Minister Thomson diejenige von Botschafter Keller.)

In Paris fanden Gespräche statt mit Aussenhandelsdirektor Brunet und dem Leiter der Politischen Abteilung des Quai d'Orsay Beaumarchais sowie, anlässlich zweier Essen, die Botschafter Dupont zuvorkommenderweise auf der Botschaft organisierte, mit Generalsekretär Alphand und Herrn Ulrich. Alle Gesprächspartner zeigten sich interessiert über die schweizerische Stellungnahme und betonten, dass Frankreich im Falle der Erweiterung der EG Parallelgespräche mit den Neutralen, insbesondere der Schweiz und Oesterreich, befürworten werde. Sie waren sichtlich bestrebt, von uns zusätzliche Argumente zur Stützung dieser These zu erhalten. Brunet notierte sich die schweizerischen Gründe für eine Gesamtlösung zuhanden des Dossiers für die Gipfelkonferenz.

Gesamthaft erhielten wir den Eindruck, dass die französische Regierung die Schlacht für die definitive Agrarfinanzierung als gewonnen betrachtet und dementsprechend bereit ist, auf Erweiterungsverhandlungen einzutreten. Frankreich scheint ferner gewillt, zu einer relativ raschen Vereinbarung der Sechs über die Verhandlungsposition Hand zu bieten, so dass die Verhandlungen vor den Sommerferien anlaufen könnten. Die Franzosen glauben jedoch, dass aus innenpolitischen Gründen die britische Regierung nur eine kurze und eher formelle Eröffnungssitzung anstrebt und die eigentlichen Verhandlungen erst nach den Wahlen beginnen möchte. Die Opposition gegen den EG-Beitritt sei in England dermassen angewachsen, dass

die britische Regierung in Verlegenheit geraten würde, wenn sie vor den Wahlen ihre Verhandlungskonzeption bekanntgeben müsste.

Die Franzosen scheinen ferner bereit, der Parallelität zwischen internem Ausbau der EG (Wirtschaftsunion) und den Beitrittsverhandlungen zuzustimmen; vermutlich weil dadurch die objektiven Probleme im Falle der Erweiterung klarer zum Ausdruck kommen.

Mit Bezug auf die Dauer der Verhandlungen und die Erfolgsaussichten waren unsere Gesprächspartner äusserst zurückhaltend. Alphanth erwähnte 2 bis 7 Jahre. Auf die Frage, welche Ersatzlösung für den Fall eines Scheiterns der Beitrittsverhandlungen in Aussicht genommen würde, erhielten wir die diplomatische Antwort, dass mit dieser Alternative offiziell nicht gerechnet werde. Man liess jedoch durchblicken, dass dann auf frühere Formeln, d.h. Handelsarrangements, eventuell grosse Freihandelszone, zurückgegriffen werden müsste. Der Gedanke eines harten Kerns der Sechs, umgeben von einem Kreis lockerer verbundener Staaten, scheint immer noch recht hoch im Kurs zu stehen.

Die Franzosen rechnen damit, dass die politische Zusammenarbeit Aufschwung erleben könnte, sobald sich die EWG erweitert, weil dann der Grund für die holländische Blockierung dahinfallen würde. Es sei möglich, dass für die politische Zusammenarbeit ein anderer Rahmen, z.B. die WEU, gewählt werden könnte. Die Franzosen sehen den Inhalt der politischen Zusammenarbeit in der Betonung der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit Europas gegenüber den Supermächten. Im übrigen werde Frankreich die neue deutsche Regierung zu einer grösseren Aufgeschlossenheit gegenüber dem Osten zu veranlassen suchen.

Was die weitere Ausgestaltung der EG anbetrifft, lege Frankreich vor allem Wert auf den Ausbau einer gemeinsamen Industriepolitik, die Atomenergie, die neue Agrarstrukturpolitik sowie eine engere Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik. Der Han Barre stelle einen guten, aber noch ungenügenden Ausgangspunkt dar. Pompidou werde ferner aus innenpolitischen Gründen auch die Sozialpolitik erwähnen.

Dagegen teilen die Franzosen natürlich nicht die ambitiöse Auffassung der Kommission über die Notwendigkeit der Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen. Man müsse zwischen "gestion" und Grundsatzentscheiden unterscheiden. Für die "gestion" wären Mehrheitsbeschlüsse aus arbeitsökonomischen Gründen annehmbar; für die Grundsatzfragen beharren die Franzosen weiterhin auf Einstimmigkeit. Als Geste wären die Franzosen bereit, die Budgetbefugnisse des Europäischen Parlaments zu verstärken.

Als wichtiges institutionelles Problem wurde die Festlegung des Stimmrechtsverhältnisses in einer erweiterten EG erwähnt. Das in der Sechser-Gemeinschaft den kleinen Staaten eingeräumte übergewichtige Stimmrechtsverhältnis müsste abgebaut werden.

Im übrigen wird die innenpolitische Situation in Frankreich nach wie vor als sehr labil betrachtet. Neue Unruhen seien nicht ausgeschlossen, da in den Gewerkschaften die kommunistischen Elemente dominierten. Frankreich habe die unerlässliche soziale Strukturreform noch nicht zu bewerkstelligen vermocht.

2 Beilagen

